

13.05.2009

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3296 vom 1. April 2009  
der Abgeordneten Sylvia Löhrmann, Barbara Steffens und Sigrid Beer Grüne  
Drucksache 14/8894

### **Wie bewertet die Landesregierung das am St.-Theresien-Gymnasium vermittelte Frauenbild?**

**Die Ministerin für Schule und Weiterbildung** hat die Kleine Anfrage 3296 mit Schreiben vom 11. Mai 2009 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Innenminister, dem Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, dem Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration und dem Ministerpräsidenten wie folgt beantwortet:

#### ***Vorbemerkung der Kleinen Anfrage***

Die Landesregierung hat am 26. März im Hauptausschuss über die Aktivitäten der Pius-Bruderschaft in Nordrhein-Westfalen berichtet. Dabei kam auch das St.-Theresien-Gymnasium in Schönenberg zur Sprache, das derzeit von 114 Jugendlichen besucht und jährlich mit rund 465.000 Euro von Seiten des Landes finanziert wird. In ihrer Anfrage "Darf die demokratiefeindliche Pius-Bruderschaft in NRW Schulen betreiben?" (Drucksache 14/8804) befasst sich Sigrid Beer MdL bereits mit der grundsätzlichen Eignung der Pius-Bruderschaft bzw. des Don-Bosco-Vereins, als Träger eines Gymnasiums zu fungieren.

Die Vorlage der Landesregierung (Nr. 14/2516) attestiert der Schule der Pius-Brüder, "nicht verfassungsfeindlich" zu sein. Minister Krautscheid sieht "keine Hinweise dafür, 'dass sich diese Schule politisch positioniert'" (vgl. Aachener Nachrichten vom 27.03.2009).

Ein Blick auf die Homepage der Schule ([www.st-theresia-gym.de](http://www.st-theresia-gym.de)) belegt das in der Schule und dem angeschlossenen Internat vermittelte Frauenbild. Unter dem Titel "Bildung für Zeit und Ewigkeit" wird hergeleitet, dass "zerrüttete Familien, Lieblosigkeiten, Egoismen, Krankheiten, Psychosen, Süchte, kriminelle Delikte und Selbstmorde, Gewaltakte und Brutalitäten" ihre Ursache in der "Zerstörung der Familie durch die Missachtung des unterschiedlichen Schöpfungsauftrags von Mann und Frau und die falsche Chancengleichheit der Geschlech-

Datum des Originals: 11.05.2009/Ausgegeben: 15.05.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

ter und der daraus resultierenden Berufstätigkeit der Mütter" haben. Das St.-Theresien-Gymnasium bzw. das angeschlossene Internat will sich gegen "die Entartung der menschlichen Natur wehren, gegen die vaterlose Gesellschaft, gegen die Mannweiber beiderlei Geschlechts" und dem "naturegegebenen Unterschied der Geschlechter Rechnung tragen". Die Internatsschule benennt als Ziel, die Schülerinnen darauf vorzubereiten, "ihre Veranlagung zur Mutterschaft als Berufung anzunehmen" und sich "für ihre Kinder, für ihre Familie zu opfern". Es ist mehr als befremdlich, dass eine Schule, die derartige Erziehungsziele benennt und ein derartig überholtes Frauenbild vermittelt, jährlich mit fast einer halben Million Euro Landesgeldern unterstützt wird.

1. ***Wie bewertet die Landesregierung das vom St.-Theresien-Gymnasium vermittelte Frauenbild?***
2. ***Wie bewertet die Landesregierung die im Text "Bildung für Zeit und Ewigkeit, Grundsätzliches zur Gründung des St.-Theresien-Gymnasiums", auf der eigenen Internetseite benannten Erziehungsziele der Schule?***
3. ***Wie bewertet die Landesregierung die Erziehungsziele der Schule bzw. des Internats vor dem Hintergrund von Artikel 3 Abs. 2 GG: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin"?***
4. ***Wie bewertet die Landesregierung das von der Schule und dem Internat vermittelte und gelehrte Frauenbild vor dem Hintergrund ihrer Gender-Mainstreaming-Strategie?***

Die Landesregierung sieht grundsätzlich davon ab, die an einer Ersatzschule vertretene Weltanschauung umfassend zu bewerten, soweit diese sich, wie im vorliegenden Fall, im Rahmen der Privatschulfreiheit bewegt. Für die Landesregierung stelle ich allerdings klar, dass das auf der Homepage der Schule vermittelte Frauenbild und bestimmte dort wiedergegebene Erziehungs- und Bildungsziele nicht der Auffassung und der Politik der Landesregierung entsprechen. Diese Feststellung stellt aber die bereits 1991 – in Kenntnis der weltanschaulichen Sicht des Schulträgers – erteilte Genehmigung der Schule als Ersatzschule derzeit nicht in Frage.

5. ***Ist vor dem Hintergrund der formulierten Erziehungsziele die Auffassung von Minister Krautscheid haltbar, dass die Schule sich nicht politisch positioniert?***

Ja. Ansätze, das stark traditionalistische Welt- und Gesellschaftsbild des Schulträgers mit ausgeprägten antimodernistischen Zügen zu einem politischen Programm zu erheben, sind bislang nicht erkennbar.